



# "ZÜRICH FÜR ALLE - SOZIAL UND ÖKOLOGISCH"

## **PRESSEKONZERENZ ZU DEN LEGISLATURZIELEN DER SP-GEMEINDERATSFRAKTION**

**Mittwoch 1. September 2010 – 10:00 Uhr**  
**Restaurant Neumarkt; Turmzimmer; Neumarkt 5**

### **Inhalt:**

- Allgemeine Lage
- Die Legislaturziele der Fraktion für die kommenden vier Jahre

### **Referent/Innen:**

- |                     |   |               |
|---------------------|---|---------------|
| ○ Min Li Marti      | Präsidentin SP Gemeinderatsfraktion     | 079 344 54 71 |
| ○ Rebekka Wyler     | Vizepräsidentin SP Gemeinderatsfraktion | 079 222 31 40 |
| ○ Jean-Daniel Strub | Vizepräsident SP Gemeinderatsfraktion   | 079 638 75 62 |



## AUSGANGSLAGE (MIN LI MARTI)

Die SP hat in den Wahlen vom März 2010 leichte Verluste hinnehmen müssen. Mit 39 Mitgliedern und über dreissig Prozent Wähleranteil bleibt die SP aber weiterhin mit Abstand die grösste Fraktion im Zürcher Gemeinderat. Zudem wurden in den Wahlen erfolgreich die vier Sitze der SP im Stadtrat verteidigt. Im Zürcher Gemeinderat ging die knappe rot-grüne Mehrheit indes verloren. Das Zünglein an der Waage spielen jetzt die Grünliberalen, die bis jetzt noch nicht klar einschätzbar sind. Die ökologische Mehrheit hat sich verstärkt, wie dies in den Debatten zum Rosengarten-Tram und zur neuen Parkplatzverordnung zu sehen war. In sozialen Fragen und in der Finanzpolitik haben die Grünliberalen einen bürgerlichen Kurs angekündigt. Welche Auswirkungen dies konkret haben wird, ist noch offen. Immerhin gibt es auch noch eine soziale Mehrheit mit EVP und Schweizer Demokraten. Dank dieser Koalition wird vermutlich auch das Gemeindereferendum gegen die Abschaffung der Kapitalsteuer zustande kommen. Es bleibt also knapp im Gemeinderat – mehr denn je sieht sich die SP in dieser Konstellation in der Verantwortung, mehrheitsfähige Lösungen für unsere Stadt auszuarbeiten und mitzutragen.

Die SP-Fraktion hat in den gut zwanzig Jahren rot-grüner Stadtregierung einiges erreicht. Die Stadt hat in den vergangenen Jahren – weltweit einzigartig – über zehntausend Wohnungen gebaut. Mit den im vergangenen Januar eingereichten Wohnbauvorstössen und der SP-Initiative „Wohnen für alle“ sorgen wir dafür, dass Wohnen in der Stadt weiterhin für alle bezahlbar ist. Die Stadt Zürich wird aus der Atomenergie aussteigen und sich zur 2000-Watt-Gesellschaft wandeln. Zudem hat die SP mit dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Kinderbetreuung konkret“ dafür gesorgt, dass der Anspruch auf einen Betreuungsplatz in der Gemeindeordnung verankert wurde und das Angebot sowohl bei Krippen- und Hortplätzen in den letzten Jahren massiv ausgebaut wurde. In der Kulturpolitik hat die SP mit einer Petition als auch mit Vorstössen massgeblich dazu beigetragen, dass das Cabaret Voltaire wieder auferstanden ist. Die kommende Kunsthäuserweiterung geht ebenfalls auf Vorstösse der SP zurück.

In der Verkehrspolitik haben sich die Fronten im Gemeinderat seit der Aufkündigung des historischen Kompromisses durch die FDP zwar verhärtet. Die Stadtzürcher Stimmbevölkerung ist der rot-grünen Verkehrspolitik jedoch immer gefolgt. Darum gibt es jetzt unter anderem ein autofreies Limmatquai, ein Tram Zürich-West, den Verkehrsrichtplan und dereinst gar den lange ersehnten autofreien Münsterhof. Wir sind auch zuversichtlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung dem Rosengartentram und der neuen Parkplatzverordnung zustimmen wird. Der Kanton bzw. die bürgerlichen Parteien wollen die Stadt Zürich verkehrspolitisch entmachten. Sie sollten aber berücksichtigen, dass dies gegen den ausdrücklichen Willen der städtischen Bevölkerung passiert.

Die Finanzlage der Stadt Zürich ist solide, trotz massivem Steuereinbruch bei den juristischen Personen. Dies hat mit der attraktiven Wohnstadt Zürich zu tun, aber auch mit einer pragmatischen und verlässlichen Finanzpolitik der rot-grünen Mehrheit und des freisinnigen Finanzvorstands Martin Vollenwyder. Wir hoffen, dass die Grünliberalen nun in der Stadt Zürich nicht der bürgerlichen, zechprellerischen Politik zu einer Mehrheit verhelfen, wie dies im Kanton üblich ist.

Auch aus diesem Grund unterstützen wir das bereits erwähnte Referendum gegen die faktische Abschaffung der Kapitalsteuer, die zu Steuerausfällen von rund 45 Millionen Franken für die Stadt Zürich führen würde. Genauso fatal ist die Pseudosparpolitik von Kanton und Bund: Jüngstes



Beispiel ist die AVIG-Revision, die in einer ähnlichen Grössenordnung zu Kostenverlagerungen von der Arbeitslosenversicherung zur Sozialhilfe führen wird. Auch deshalb ist es wichtig, dass die Städte ihren Einfluss im Kanton und in Bern vergrössern.

In den kommenden vier Jahren werden wird sich die SP den Herausforderungen stellen und die Stadt Zürich vorwärts bringen. Damit Zürich weiterhin *die* Stadt für alle bleibt.

Es gilt das gesprochene Wort.

**Kontakt:**

Min Li Marti: Präsidentin SP Gemeinderatsfraktion      079 344 54 71



## **DIE LEGISLATURZIELE DER FRAKTION FÜR DIE KOMMENDEN VIER JAHRE (REBEKKA WYLER & JEAN-DANIEL STRUB)**

### **Rot-Grün heisst: Mehr Arbeitsplätze und solide Finanzpolitik**

Auch wenn die Krise abklingt, sind die Folgen weiterhin und für viele spürbar. Deshalb wollen und müssen wir Arbeitsplätze und Lehrstellen schaffen. Dabei sind wir überzeugt: Städtische Wirtschaftspolitik ist in erster Linie Immobilienpolitik. Die Stadt muss Räume sichern für KMU, für das Gewerbe und die Kreativwirtschaft. KMU, besonders Lehrbetriebe, sollen weiterhin bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden.

Was die Klagen über die überbordende Bürokratie angeht, braucht es Aufklärung: Welche Normen auf welcher Ebene sind hinderlich? Vieles, was stört (z.B. im Hygiene- und Gesundheitsbereich), ist kantonal oder sogar bundesweit und nicht etwa städtisch vorgeschrieben – und entsprechend von den jeweiligen bürgerlichen Mehrheiten zu verantworten! Die SP-Fraktion hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, deren Aufgabe es ist, die geltenden Normen anzuschauen und Vorschläge zur Vereinfachung auszuarbeiten. Aber eben unter Berücksichtigung der jeweiligen Regelungsebene und der dort bestimmenden Mehrheiten.

Es kann nicht genügend betont werden, dass die Finanzen der Stadt Zürich im Lot sind. Auch wenn das bürgerliche Lager inklusive GLP in den nächsten Monaten wieder permanent das Gegenteil verkünden wird: Diese Behauptung wird durch die ständige Wiederholung nicht wahrer. Umso entschiedener setzen wir uns für eine Weiterführung der soliden und nachhaltigen rot-grün-Vollenwyderschen Finanzpolitik ein. Das heisst: Bildung von Eigenkapital, Abbau von Schulden, Verstetigung der Investitionen auf einem sinnvollen Niveau.

### **Wohnen für alle!**

Wie alle Umfragen zeigen und wie wir es im Wahlkampf in unzähligen Gesprächen auf der Strasse eindrücklich erlebten, brennt neben Arbeitsplatzsicherheit und Löhnen ein weiteres Thema unter den Nägeln der Stadtzürcher Bevölkerung: Wohnen! Die Mieten steigen, bei jeder Wohnungsbesichtigung bilden sich lange Schlangen. Schon in früheren Jahrhunderten hiess es "Wem Gott wohlgefällig ist, dem gibt er ein Haus in Zürich" – und heute gilt wohl noch mehr als früher, dass ohne höhere Mächte kaum mehr eine günstige Wohnung zu finden ist. Die SP fordert mit ihrer Volksinitiative "Wohnen für Alle" und einem Anfang Jahr überwiesenen Vorstosspaket, dass ein Drittel der Wohnungen in der Stadt Zürich gemeinnützig sein soll. Das wollen wir erreichen durch gezielte Landkäufe (Bsp. Postulat Badran/Wyler: Kauf des Binz-Areals), durch die Abgabe von Land im Baurecht an gemeinnützige Bauträger sowie durch die Stärkung der städtischen Stiftungen. Ein genügendes Angebot an günstigem Wohnraum fördert die soziale Durchmischung in allen Quartieren und verhindert die Vertreibung der alteingesessenen QuartierbewohnerInnen.

Natürlich wollen wir nicht nur sozial, sondern auch ökologisch wohnen: Wie bereits mehrfach von rot-grüner Seite gefordert, braucht es Ökofonds für energetische Sanierungen bei gemeinnützigen Bauträgern sowie für die Realisierung des Minergie-P-Eco-Standards bei Ersatzneubauten und Neubauten gemeinnütziger Wohnbauträger.



### **2000-Watt-Gesellschaft – aber wie?**

Legislaturenschwerpunkt der letzten Legislatur war der Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft. Vor zwei Jahren wurden die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung verankert. Doch der Weg dorthin ist noch weit – der durchschnittliche Energieverbrauch pro Stadtzürcher Kopf liegt im Moment bei etwa 5–6000 Watt (ohne "Graue Energie"). Wir brauchen weitere Massnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz, zur Förderung von Forschung und von Unternehmen in diesem Bereich (Postulat Wepf/Nielsen: "Energy-Efficiency-Valley"). Der Anteil erneuerbarer Energien muss erhöht werden. Und nicht zuletzt braucht es dringend einen Masterplan Verkehr: Wie können die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft im Bereich Mobilität erreicht werden, angesichts der Tatsache, dass der Verkehr schweizweit etwa einen Drittel des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen verursacht (Zahlen: Energiespiegel PSI, Nr. 18).

### **"Nur Geniesser fahren Fahrrad, und sind immer schneller da" (Die Prinzen)**

Eine zentrale Rolle für die Reduktion von Energieverbrauch und Treibhausgasausstoss ist der sogenannte "Modalsplit" zwischen den verschiedenen Verkehrsarten. Wir alle wissen: Die Gewichte müssen weg vom motorisierten Individualverkehr, hin zu Fuss-, Velo- und öffentlichem Verkehr verschoben werden. Tram- und Busnetz müssen ausgebaut und verfeinert werden und die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel muss mit gezielten Massnahmen noch attraktiver gemacht werden. Hierzu wird die SP-Fraktion in den nächsten Wochen ein Vorstosspaket einreichen.

Auch das Velo wollen wir fördern – das schnellste und praktischste Verkehrsmittel in der Stadt. Dazu brauchen wir so rasch wie möglich den durchgehenden Ausbau des Velowegnetzes (Motion Leupi/Odermatt: durchgehendes Veloroutennetz). Lücken müssen geschlossen werden, die Velowege müssen einheitlich und gut sichtbar markiert werden, z.B. mit roter Farbe. Ebenso dringend braucht es ein Veloverleihsystem nach dem Vorbild anderer europäischer Städte; die entsprechenden Vorstösse sind pendent.

Es gilt das gesprochene Wort.

### **Kontakt:**

Rebekka Wyler Vizepräsidentin SP Gemeinderatsfraktion      079 222 31 40



## **Für ein sozial nachhaltiges Zürich**

Nachhaltigkeit – während das Schlagwort mit Blick auf umweltpolitische Ziele in aller Munde ist, insistiert derzeit einzig die SP darauf, dass Nachhaltigkeit immer auch als *soziale* Nachhaltigkeit zu verstehen ist. Jedes Gemeinwesen hat ganz zentral die Aufgabe, soziale Nachhaltigkeit zu verwirklichen – für die SP-Fraktion ist dies auch in den nächsten vier Jahren eine vorrangige Verpflichtung.

Konkret setzt sich die SP-Fraktion einerseits zum Ziel, das aktuelle Niveau der sozialen Sicherung in der Stadt Zürich trotz der neuen Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat beibehalten zu können. Dabei orientieren wir uns an den Sozialzielen unserer Kantonsverfassung – freilich geht es dabei nicht vorrangig um zusätzliche Mittel, sondern immer auch um die Frage, ob wir mit den vorhandenen Mitteln das Richtige tun. Auf jeden Fall wichtig sein wird dabei die Weiterentwicklung der Arbeitsintegration. Andererseits wird die SP-Fraktion zum Beispiel dafür einstehen, dass die Angebote der Soziokultur – jetzt schon eine Erfolgsgeschichte – entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung weiterentwickelt werden. Dies umfasst etwa eine Anpassung der Öffnungszeiten der Gemeinschaftszentren und generell ein gutes Angebot an niederschwellig zugänglichen Quartierinfrastrukturen. Ein besonderes sozialpolitisches Augenmerk der Gemeinderatsfraktion gilt schliesslich den Jugendlichen in der Stadt Zürich – es ist weiterhin ein wichtiges Desiderat, dass Jugendliche als Ergänzung zur aufsuchenden Jugendarbeit ausreichend Räume und Freiräume zur Verfügung haben, in denen sie Eigenständigkeit proben und die sie selber verwalten können.

Mit Blick auf die Gesundheits- und die Alterspolitik gilt es in erster Linie, den vielfach prognostizierten Engpässen im Pflegebereich mit einer gezielten Aus- und Weiterbildungsoffensive entgegenzuwirken. Hier hat eine Stadt wie Zürich mit ihren hochstehenden Institutionen die Möglichkeiten, wirksame Massnahmen zu ergreifen. Zugleich wird sich die SP-Fraktion dafür einsetzen, dass Zürich auch für ältere Menschen eine attraktive Stadt bleibt, in der sie sich wohlfühlen – und in der auch ältere Menschen bezahlbare und situationsgerechte Wohnformen in genügender Zahl vorfinden können, sei es in Alterswohnungen, in Pflegezentren oder in möglichst durchmischten Wohnsiedlungen.

Partei und Fraktion beschäftigen sich selbstverständlich weiter mit dem Thema Menschenhandel und Strassenstrich. Auch hier wollen wir zusammen mit den Betroffenen Lösungen finden, die quartierverträglich sind und den Sicherheitsbedürfnissen der SexworkerInnen Rechnung tragen.

## **Für eine starke Volksschule und qualitativ hochwertige Betreuungsplätze**

Einen wesentlichen Schwerpunkt wird die SP-Fraktion sodann in der Schulpolitik und im Bereich der ausserfamiliären Kinderbetreuung im Vorschul- und im Schulalter setzen. Eine starke Volksschule ist für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder von unschätzbarem Wert – umso kompromissloser setzen wir uns in den Schulkreisen wie auch im Gemeinderat für eine starke Volksschule ein. Dazu gehört derzeit allem voran, dass die Umsetzung der guten Vorgaben des Volksschulgesetzes, namentlich im Bereich der integrativen Förderung, genügend Mittel erhält. Dies verlangt eine



Aufbesserung der vorhandenen Ressourcen sowohl in personeller wie auch in räumlicher Hinsicht – die entsprechenden Vorstösse wurden von der SP-Fraktion bereits eingereicht oder werden von ihr mit Nachdruck unterstützt. Hierzu gehört beispielsweise auch die Forderung, dass den Schulinheiten administrative Ressourcen zur Verfügung stehen sollen, sodass die Lehrkräfte sich wieder vermehrt auf den eigentlichen Unterricht und die SchulleiterInnen auf ihre Kernaufgaben fokussieren können. Eine starke Volksschule muss aber auch in die Lage versetzt werden, ihre immense integrative Leistung zum Wohl aller Kinder und in geschlechtergerechter Ausgestaltung vollbringen zu können. Deshalb fordert die SP-Fraktion u.a. vermehrte Investitionen im Bereich der Frühförderung, namentlich zur Verbesserung der Sprach- und Deutschkenntnisse vor dem Eintritt in den Kindergarten. Eine entsprechende Motion ist heute Abend endlich im Gemeinderat traktandiert – das Anliegen werden wir bei jedem Ergebnis mit Überzeugung weiterverfolgen!

Für eine starke Volksschule ist entscheidend, dass sie den sich wandelnden gesellschaftlichen Bedürfnissen im Bereich der ausserfamiliären Kinderbetreuung gerecht werden kann. Die SP-Fraktion wird weiterhin alles daran setzen, dass der geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in der schulergänzenden Betreuung eingelöst werden kann – angesichts der steigenden Nachfrage erfordert dies stete Ausbauanstrengungen, bei denen aber die Qualität der Betreuungseinrichtungen gewährleistet bleiben muss. Und wir werden weiter darauf hinwirken, dass auch im Vorschulalter die Anzahl Kinderbetreuungsplätze, namentlich die subventionierten Plätze, weiter erhöht werden kann, um für alle Kinder und Familien die bestmöglichen Betreuungsverhältnisse zu schaffen. Dabei ist es uns ein zentrales Anliegen, dass die administrativen Hürden für die Schaffung neuer Angebote möglichst niedrig gehalten werden und dass die oft stark preistreibende Fülle an (baulichen) Normen mit Blick auf die Betreuungseinrichtungen pragmatisch gehandhabt wird. Denn die Anreize, Betreuungsplätze zu schaffen, müssen speziell für private Anbieter richtig gesetzt sein.

Letztlich lautet eines der schulpolitischen Ziele der SP-Fraktion, dass Schule und Betreuung noch konsequenter unter einem Dach zu vereinen sind, wie dies im „Lebensraum Schule“, welchen das Schul- und Sportdepartement vorantreibt, angestrebt wird. Bei der konkreten Ausgestaltung der Tagesstrukturen ist mittelfristig auch weiterhin eine Modellvielfalt realistisch – nicht vergessen sollte man dabei aber jene Familien und Kinder, deren Bedürfnisse durch die klassische, sogenannt gebundene Tagesschule am besten abgedeckt werden. In diesem Bereich fordert die SP-Fraktion mit einer Motion (GR-Nr. 2010/69) eine leichte Erhöhung des bestehenden Angebots in allen Schulkreisen, sodass dieses auch wirklich von allen Familien in Betracht gezogen werden kann.

### **Für eine vielseitige Kulturstadt und eine blühende Kreativwirtschaft**

Einen Akzent setzen wird die SP-Fraktion in der kommenden Legislatur schliesslich wiederum bei der Kulturpolitik. Die Bedeutung des Kulturschaffens und der gesamten Kreativwirtschaft für Zürich als Lebens- und Wirtschaftsraum ist in den vergangenen Jahren erfreulicherweise immer breiter anerkannt worden. Die SP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass Zürich seine erfolgreiche Kultur-



politik weiterführen kann und hierbei vor allem darum bemüht sein, den Kulturschaffenden und der Kreativwirtschaft ausreichende Räumlichkeiten zu sichern. Nicht zuletzt deshalb setzen wir uns mit einem letzte Woche eingereichten Postulat dafür ein, dass die Stadt die Liegenschaft in der Binz, wo Kulturschaffende wohnen und leben, kaufen soll, um Wohnungen und kulturelle Nutzungen zu ermöglichen. Ebenso wichtig es unserer Ansicht nach, mehr freie Kredite namentlich für junge Kulturschaffende einzurichten, sodass der Kreativität und der Dynamik des Kunstschaffens auch bei der Finanzierung Rechnung getragen werden kann. Und: Die SP-Fraktion steht mit Nachdruck dafür ein, dass die Stadt Zürich ihre Absicht wahr macht, auch der sozialen Sicherheit der Kunstschaffenden Rechnung zu tragen. Schliesslich bleiben wir davon überzeugt, dass Zürich als vielfältige Kulturstadt sowohl in die Zukunft blicken muss und es endlich mit dem Kinderkulturhaus vorwärts gehen muss, dass es aber auch seiner jüngeren Vergangenheit bewusst sein sollte und mit einem Migrationsmuseum den ganz besonderen Beitrag der Einwanderinnen und Einwanderer zur Vielfalt unserer Stadt würdigen sollte.

Es gilt das gesprochene Wort.

**Kontakt:**

Jean-Daniel Strub      Vizepräsident SP Gemeinderatsfraktion      079 638 75 62